

Protokoll:

Vorsitzender der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Rm Wiechmann, führt aus, dass die Stadt Koblenz mit diesem Antrag positiv dokumentieren solle, dass die Verhandlungen wichtig seien. Mit Bund und Ländern müsse verhandelt werden, dass die Mittel für die Schulsozialarbeit auch noch über dieses Jahr hinaus zur Verfügung stehen sollten.

Bürgermeisterin Hammes-Rosenstein trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor (ST/0086/2013).

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig fragt Rm Wiechmann, ob die Änderung der Verwaltung aus der Stellungnahme übernommen werden solle. Dies bejaht Rm Wiechmann.

Rm Biebericher (CDU) erläutert den Änderungsantrag der CDU-Fraktion. Die Stadt solle das Land auffordern ein Konzept vorzulegen. Den Bund lasse man außen vor, da für dessen Beteiligung eine Verfassungsänderung notwendig sei. Das Land müsse dies auffangen und seiner Verantwortung gerecht werden.

Rm Baum (FBG) begrüßt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Die Schulsozialarbeit sei sehr wichtig. Dem Änderungsantrag der CDU- Fraktion könne er aber auch zustimmen.

Rm Keul- Göbel (BIZ) fasst zusammen, in diesem Thema bestehe keine Unstimmigkeit. Alle Fraktionen fänden die Schulsozialarbeit wichtig. Es handele sich jedoch bei diesem Antrag um Landtagswahlkampf.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig erklärt, egal ob nur das Land oder Bund und Land gemeinsam, es müsse sich beteiligt werden. Wo eine Aufgabe zu erledigen sei, müsse auch eine Lösung gefunden werden.

Rm Pilger (SPD) ist der Ansicht, es werde für eine Beteiligung des Bundes keine Verfassungsänderung gebraucht. Die Mittel könnten wie in der bisherigen Form zur Verfügung gestellt werden.

Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Rm Wiechmann, erwidert, er führe hier keinen Landtagswahlkampf, sondern wolle der Stadt Mittel sichern.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig wiederholt die geänderte Beschlussfassung des Antrags der Grünen: „Der Stadtrat fordert die Stadtverwaltung auf, mit dem Land und dem Bund Verhandlungen aufzunehmen, damit die zurzeit vorhandenen Mittel für die Schulsozialarbeit auch nach den Jahren 2013 und 2014 weiterhin zur Verfügung stehen. Ebenso sollten entsprechende Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden geführt werden. Der Rat fordert die Bundes- und die Landesregierung Rheinland- Pfalz auf, die Schulsozialarbeit als kohärenten und integralen Bestandteil der Bildungspolitik anzuerkennen und auf dieser Grundlage die gesetzlichen Rahmenbedingungen auf Bundes- und Länderebene für eine dauerhafte, kontinuierliche und verlässliche Finanzierung der Schulsozialarbeit an allen Schulen zu gewährleisten.“ Zudem wiederholt er den zuvor abzustimmenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion: „Deshalb fordert der Stadtrat die Landesregierung auf ihrer Verantwortung gerecht zu werden und in den kommenden Monaten ein Konzept vorzulegen, dass es den Schulträgern

ermöglicht die erfolgreiche Arbeit der Schulsozialarbeit in der aktuellen Ausbausituation fortzusetzen.“

Der Änderungsantrag findet keine Mehrheit.